

5644 Budget 2021 – Direktionsdebatte FD

Herr Präsident, Herr Regierungsrat
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Die Finanzdirektion nimmt im Budget unter den Direktionen ja gewissermassen eine Sonderstellung ein. Dies wegen der Leistungsgruppe 4910, wo ein Grossteil der Einnahmen des Kantons verbucht werden, die Steuereinnahmen. Und hier zeigen sich dann jeweils auch die Spuren all der Ideen für Steuersenkungen, die in diesem Rat ständig ausgebrütet werden.

Dieses Jahr fallen vor allem die Mindereinnahmen bei den juristischen Personen auf: Im Vergleich zum Budget 2020 ein sattes Minus von 320 Millionen Franken. Davon entfallen 127 Millionen auf die Umsetzung der Steuerreform 17. Und das wird sich so weiter fortsetzen: 2022 minus 279 Millionen Franken, 2023 minus 449 Millionen. Aber ja: Die Stimmbevölkerung hat so entschieden, wenn auch verhältnis-mässig knapp, und auch nur, weil man die Gemeinden mit höheren Beiträgen bei der EL ins Ja-Lager hat locken können. Das gilt es zu akzeptieren, ans Preisschild dieses Entscheids darf aber dennoch an dieser Stelle nochmals erinnert werden.

Der zweite Teil der tiefer budgetierten Steuereinnahmen resultiert aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie. Hier muss man fairerweise sagen, dass niemand, weder der Finanzdirektor, noch die Spezialistinnen und Spezialisten beim Steueramt, noch wir hier drinnen verlässlich sagen können, wie es kommt.

Aktuell, so kann man sagen, herrscht dicker Nebel, was ein prognostizieren praktisch unmöglich macht. Und wie verhält man sich auf einer Bergwanderung wenn plötzlich dicker Nebel aufkommt? Richtig: Man stürmt nicht einfach in eine Richtung los, weil man dann Gefahr läuft, über eine Felswand zu stürzen. Sondern man wartet, bis sich der Nebel lichtet, bis man wieder klarer sieht und entscheidet dann, in welche Richtung es weitergehen soll. Für uns heisst das: Nicht losstürmen und ein Sparprogramm auf Vorrat schnüren. Oder mit Steuersenkungen und erhofften, aber nie eintretenden dynamischen Effekten, die Wirtschaft vermeintlich ankurbeln zu wollen. Was es in dieser Situation braucht, ist Hilfe für die Betroffenen und darüberhinaus eine Finanzpolitik der ruhigen Hand.

Dem Finanzdirektor ist zu attestieren, dass er genau dies versucht. Es ist im zugute zu halten, dass er die Lage realistisch und unideologisch einschätzt. Das lässt sich zum Beispiel daran zeigen, dass er genau weiss, dass eine einst ins Auge gefasste zweite Etappe der Steuerreform 17 mit einer weiteren Satzsenkung für die juristischen Personen nicht drinliegt. Sie liegt finanzpolitisch nicht drin. Und sie dürfte politisch auch nicht mehrheitsfähig sein, weil sie – anders als die erste Stufe – auch von vielen Städten und Gemeinden, insbesondere den grossen, abgelehnt wird. Und auch weil, das Gegengeschäft, das man sich für den zweiten Schritt ursprünglich ausgedacht hat, die weitere Erhöhung des Soziallastenausgleichs nun ab 2022 sowieso umgesetzt wird, diesem Rat und der Stimmbevölkerung sei Dank. Deshalb hat der Finanzdirektor, pragmatisch und realistisch, diesen zweiten Schritt fallen lassen und aus der Finanzplanung gestrichen.

Es gibt aber bürgerliche Kräfte hier im Kantonsrat, denen es an dieser pragmatischen und realistischen Sichtweise mangelt. Es stehen heute zwei KEF-Erklärungen zur Diskussion, die diesen Befund untermauern. Mit der einen soll die zweite Satzsenkung der Steuerreform 17 doch wieder in die Planung aufgenommen werden, mit einer zweiten zudem «eine pauschale Position für absehbare Steuertarifanpassungen» – so der Titel – eingefügt werden.

Nun, in der WAK sind hierzu ja noch parlamentarische Initiativen hängig, die in nicht allzu ferner Zukunft hier im Plenum behandelt werden. Aber ehrlicherweise muss man sagen – ohne das Kommissionsgeheimnis allzu stark zu ritzen – ist es viel mehr absehbar, dass es eher keine Steuertarifanpassungen geben wird. Dann braucht es aber auch keine solche Position auf Vorrat. Und wenn, dann sollte man ehrlich sein: Alleine die hängige PI Boesch betreffend den Vermögenssteuern führt zu einem Ausfall von 170 Millionen Franken beim Kanton. Und nochmals soviel bei den Gemeinden.

Man sieht also: Der bürgerliche Finanzdirektor ist qua Amt zu einer realistischen Einschätzung gekommen. Die bürgerlichen Ratskolleginnen und -kollegen verhalten sich dagegen immer noch wie im Süßwaren-Laden und wollen immer noch mehr. Aber gut: Es ist kurz vor Weihnachten und da stehen halt oft auch ein paar Wünsche auf dem Zettel fürs Christkind, die aber halt letztlich nicht finanzierbar sind und deshalb auf absehbare Zeit auch nicht unter dem Weihnachtsbaum liegen werden.

Sie merken es: Die SP-Fraktion wird die beiden KEF-Erklärungen, es sind dies die Nr. 9 und die Nr. 10, nicht unterstützen.

Ebenfalls nicht unterstützen wir die SP-Fraktion die KEF-Erklärung Nr. 8 im Amt für Informatik. Die IKT-Strategie sieht vor, wie die Informations- und Kommunikationstechnologie geplant, gesteuert und eingesetzt wird. Die IKT-Grundversorgung soll dabei transparent und nachvollziehbar verrechnet werden. Dabei sollen inhaltliche Kriterien im IKT-Verrechnungskonzept bestimmen, in welchem Umfang der Aufwand des Amt für Informatik weiterverrechnet wird. In gewissen Fällen ist es nämlich nicht zielführend bzw. generiert eine Weiterverrechnung vor allem Mehraufwand, der vermieden werden könnte. Das Verrechnungskonzept liegt im Entwurf nun beim Regierungsrat und bevor wir jetzt starre Verrechnungsquoten vorgeben, sollten wir nun zuerst die Umsetzung des Konzeptes abwarten. Deshalb lehnen wir diese KEF-Erklärung ab.

Und zum Schluss komme ich noch zur KEF-Erklärung Nr. 7. Wir von der SP-Fraktion sind der Ansicht, dass die Finanzdirektion selbst relativ gut abschätzen kann, wo welche Erträge anfallen. Deshalb unterstützen wir wie auch schon im Vorjahr den Antrag hier eine Erhöhung der Einnahme zu budgetieren, nicht. Wir rechnen auch in Corona-Zeiten nicht mit erhöhten Erträgen aus Erbfällen, die dem Kanton Zürich anheimfallen.

Die SP-Fraktion hat lieber ein seriöses Budget, wo die Einnahmen nach bestem Wissen und gewissen geschätzt werden. Wir verlassen uns da auf die Fachkenntnisse der Mitarbeitenden der Finanzdirektion und lehnen diesen Antrag ab.

Soviel einleitend unsere Stellungnahme zur Finanzdirektion und zu vier KEF-Erklärungen in diesem Bereich. Zu den restlichen Anträgen nträgen wird die SP-Fraktion in der Detailberatung sprechen.

Besten Dank.